LANDESRAT
des
SAARGEBIETES.

V. Sitzungsperiode.
22. Sitzung.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 28. August 1923 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates des Saargebietes.

Der Vorsitzende, Ministerialrat Koßmann, eröffnet um 10 Uhr 30 Minuten vormittags die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Staatskommissar, Verwaltungsdirektor Dr. G. A. Liesch.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt:

Becker (Z.)-Saarbrücken; Fuchs (L.V.)-Ottweiler; Helfgen (K.P.)-Dudweiler; Levacher (Z.)-Saarlouis; Niederländer (Z.)-Ormesheim; Ringle (S.P.)-Blieskastel; Dr. Scheuer (D.P.)-Saarbrücken; Schmoll (V.f.H.u.L.)-Saarbrücken; Dr. Sender (S.P.)-Saarbrücken.

Tagesordnung :

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1. Abänderung der Gewerbeordnung;
2. Einkommenbesteuerung;
3. Zuwachssteuer;
4. Neuregelung der Grund-und Gebäudesteuer;
5. Abänderung der direkten-und indirekten Kommunalsteuergesetzgebung;
6. Bildung von Schulkommissionen;
7. Neuregelung der Besoldung der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Vorsitzender: Durch Verfügung vom 8. August hat der Herr Präsident der Regierungskommission der vorigen Tagesordnung die Verordnungsentwürfe betr.
die Einkommenbesteuerung,
die Zuwachssteuer
und durch Verfügung vom 23. August
die Neuregelung der Grund-und Gebäudesteuer;
die Abänderung der direkten und indirekten Kommunalsteuergesetzgebung,
die Bildung von Schulkommissionen,
die Neuregelung der Besoldung der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände
zugesetzt.

Wir treten jetzt in die Behandlung der Tagesordnung ein. Als erster Punkt steht die Abänderung der Gewerbeordnung.

Das Wort hierzu hat der Abgeordnete Kiefer!

Kiefer

A 4

Kiefer (Z.): Wir beantragen und zwar aus denselben Gründen, wie sie in der letzten Sitzung vorgetragen worden sind, Vertagung des Punktes 1 bis zur nächsten Sitzung.

Vorsitzender: Das Wort hat herr Staatskommissar Dr. Liesch.

Staatskommissar Dr. Liesch: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß auf Grund der bestehenden Geschäftsordnung diese Vertagung als ein ablehnendes Gutachten betrachtet wird. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Letztmals wurde nicht in die Debatte eingetreten und da heute in dieselbe Vertagung eingetreten wird, glaube ich sagen zu können, daß eine Vertagung einer Ablehnung gleichkommt.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Petri!

Petri (S.P.): Wir können dem neuen Vertagungsantrag nicht zustimmen, da die Regierungskommission Gelegenheit und Zeit genug hatte, die Sache zurückzuziehen. Wir sind dafür, daß heute debattiert wird.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

Reinhard (K.P.): Meine Damen und Herren. Ich muß mich wundern, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft es wagt, erneut einen Vertagungsantrag zu stellen, wo die Rechte der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Es ist dringend notwendig, daß wir der Regierungskommission sagen, was wir über diesen Schundparagraphen denken und ich bitte diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer!

Schmelzer (L.V.): Wir schließen uns dem Vertagungsantrag der Zentrumspartei an.

VorsitzenderDas Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Liesch!

Staatskommissar Dr. Liesch: Ich muß betonen, daß mir Ihr Standpunkt betr. Vertagung der Debatte unverständlich ist. Sie können doch Ihre Meinung äussern und mit einem bejahenden und verneinenden Gutachten dazu Stellung nehmen. Ich kann mich mit der Vertagung nicht einverstanden erklären.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius!

Karius (Z.): Ich darf Herrn Reinhard sagen, daß nicht beabsichtigt ist, durch die Vertagung die Verordnung fallen zu lassen. Es soll der Regierungskommission nichts geschenkt werden. Die Regierungskommission soll klipp und klar erklären, was sie tun will. Erklärt sie, daß sie die Verordnung nicht zurückzieht, dann wissen wir, was wir zu sagen haben. Das war die Absicht des Vertagungsantrages. Ich verstehe Herrn Dr. Liesch nicht, daß man auf jeden Fall eine Debatte provozieren will, um zu sagen, so und so benimmt man sich. Daß wir die Verordnung ablehnen, ist bekannt. Damit ist die Begründung zum Vertagungs-Antrag gegeben. Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß uns unterschoben wird wir würden die Sache stillschweigend übersehen.

Reinhard (K.P.): Meine Damen und Herren! Diese Begründung, die der Herr Karius gegeben hat, ist keine Begründung. Die Regierungskommission hat durch Verordnung vom 2. Mai festgelegt, was sie will. Es ist ein Verbrechen, wenn wir heute nicht dazu Stellung nehmen. Gerade jetzt in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft gezwungen ist, höhere Löhne zu fordern und letzten Endes in die

Lage

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2 A4 I

Lage kommen kann,von dem Streikrecht Gebrauch zu machen,und Sie geben sich dazu her die Angelegenheit zu verschleppen.Ich glaube dieser Vertagungs-Antrag hat andere Gründe.Ich glaube, die Herren wollen Ihre Mitarbeit mit der Regierung decken.Sie haben Angst vor der Wahl.Das sind die Ursachen,deshalb haben Sie die Einkommenbesteuerung einhalbes Jahr verschleprt.Ich sage,die Regierung hat gesagt,was sie will und das hat der Herr Staatskommissar in der Sitzung vom 28.Juli gesagt.Sie wollen durch Ihren Vertagungsantrag immer wieder der Regierung Recht geben.Die Regierung ist die Interessenvertreterin des Kapitals,Vertreterin der Unternehmer,und versucht auf Grund dieser Gesetze die Arbeiterschaft niederzudrücken.Das ist ein Skandal,das ist eine Verhöhnung der Saararbeiterschaft.Sie posaunen hinaus,daß Sie die Rechte der Saararbeiterschaft vertreten würden,vergessen aber zu sagen,daß mit Hilfe der Regierung die Rechte der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Es ist an der Arbeiterschaft ein Verbrechen begangen worden und heute soll diesem Verbrechen die Krone aufgesetzt werden. Wir verlangen,daß heute in die Debatte eingetreten wird und betonen,daß es nicht angeht,daß die Arbeiterschaft mundtot gemacht wird.Die Verordnung ist so wichtig,daß man nicht stillschweigend daran vorbeigehen kann.So gehen die Dinge doch nicht.

Vorsitzender: Herr Reinhard,ich nehme an,daß Sie nicht haben sagen wollen,daß die Mitglieder vom Zentrum Verbrecher sind.

Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer!

Kiefer (Z.): Ich möchte bitten,daß über unseren Antrag abgestimmt wird.Wir lassen uns nicht reizen,in derselben Tonart zu erwidern.Es wird sicherweisen,wer ein richtiger Arbeitervertreter ist und wer keiner ist.Die Vorwürfe weisen wir zurück.Diese prallen auch von selbst ab,da sie auf Unrichtigkeit beruhen.

Herr Staatskommissar,wir haben unsere Gründe zu dem Antrag und lassen uns auch nicht von Ihnen aus der Ruhe reizen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

Reinhard (K.P.):Ich glaube gerne,daß Sie sich nicht aus der Ruhe bringen lassen.Sie haben ja Ihre Mitarbeit der Regierung zur Verfügung gestellt.Sie haben ihr Leute gestellt und ich habe mit Recht betont,das ist ein Verbrechen der Partei.Es ist ein Verbrechen,wenn Sie erneut die Regierung decken,daß die Verordnung in Versenkung verschwindet.Sie waren es ,die am lautesten darüber geschrieen haben und jetzt kommen Sie her und wollen die Verordnung in der Versenkung verschwinden lassen.Herr Kiefer,Sie wissen so gut wie ich,daß die Geschäftsordnung des Landesrates uns nicht das Recht erlaubt und wenn die Hohe Wohllöbliche Regierungskommission die Angelegenheit nicht auf die Tagesordnung bringt,dann sind wir machtlos,dann haben Sie selbst dafür gestimmt.Ich weiß wohl,Sie berufen sich auf den Völkerbund,daß etwas geschehen wird.Der Herr Waugh,der versucht hat,dagegen zu stimmen,ist über Bord gegangen.Ihre Politik ist ein Verbrechen.Ich verlange deshalb,daß debattiert wird und das verlange ich im Nahmen der Arbeiterschaft.

Vorsitzender: Herr Reinhard,Sie brauchen sich nicht so aufzuregen. Sie wissen anscheinend nicht,wie geschäftsordnungsmässig die Sache behandelt werden kann.Die Vorstandsmitglieder und ich sind übereinstimmend der Meinung,daß in der Geschäftsordnung von einer Vertagung nur in einem kleinen Passus die Rede ist,

welcher

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 2
A4

welcher heißt:

" Kein Verhandlungsentwurf darf mehr wie zweimal von dem Landesrat an eine Kommission verwiesen werden."

Das ist das einzige,was sich auf Vertagung irgend eines Gegenstandes beziehen kann.Im übrigen ist jeder Gegenstand der Tagesordnung in der betr.Sitzung zu begutachten.Wenn sich also Mitglieder zur Abgabe eines Gutachtens melden,kann dieses Gutachten nicht zurückgewiesen werden.Wenn Parteien da sind und sagen,wir wollen unser Gutachten nicht abgeben,dann ist das ihre Sache.
Herr Petri,Herr Hoffmann und Herr Reinhard,wenn Sie Ihr Gutachten abgeben wollen,steht dem nichts entgegen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Scheuer -St-Jngbert.

Scheuer (Z.):Für den Fall,daß die Mehrheit eine Vertagung beschließen wollte,kann ich im Moment nicht sagen,ob es zulässig ist, weil die Geschäftsordnung einen derartigen Fall nicht vorsieht.Das ist eine Angelegenheit,die zwischen dem Vorstand und den Fraktionsvorsitzenden vorher besprochen werden muß. Auf Grund der Geschäftsordnung mögen beide Meinungen richtig sein,daß nach der Geschäftsordnung an und für sich,ein Mitglied,das ein Gutachten abgeben will,Gelegenheit haben kann, zu der Vorlage zu sprechen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius!

Karius (Z.): Ich bin beauftragt,zu beantragen,die Vorlage der Rechtskommission zu überweisen.Ich verstehe die Herren der Linken nicht,wenn sie sagen,wir würden mit der Regierung Hand in Hand arbeiten. Ich bin der Auffassung,man solle der Regierungskommission das Gegenteil von dem machen,was sie will,dann sind wir auf dem richtigen Wege.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Petri!

Petri (S.P.): Ich muß den Vorwurf zurückweisen,daß wir parallel mit der Regierungskommission gehen.Ich meine,es war genügend Zeit vorhanden,diese Vorlage zurückzuziehen.Die Regierungskommission wurde von vielen Stellen,selbst vom Völkerbundsrat angegangen,den Rückzug anzutreten.Ich gebe mich allerdings keiner Hoffnung hin und bin dafür,daß heute unbedingt darüber gesprochen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann !

Hoffmann (S.P.): Ich bitte die Sitzung auf 5 Minuten zu vertagen.

Reinhard (K.P.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Vorsitzender: Die Vertagung ist schon ausgesprochen,ich kann Ihnen das Wort nicht geben.

Reinhard (K.P.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Vorsitzender: Die Vertagung ist schon ausgesprochen.Ich lade Sie ein,mit ins Beratungszimmer zu kommen,woselbst Sie Ihre Meinung äußern können.

- P a u s e -

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2 A4 I

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2

Vorsitzender: Wir fahren fort in der Besprechung des Programms und ich bitte um Wortmeldungen.

Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer.

Kiefer (Z.): Wir beantragen erneut, daß Punkt 1 der Tagesordnung betr. die Abänderung der Gewerbeordnung, an die Rechtskommission verwiesen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

Reinhard (K.P.): Meine Damen und Herren! Der Antrag von Kiefer bedeutet praktisch nichts anderes als der erste Antrag. Der Antrag, die Verordnung an die Rechtskommission zu verweisen, ist eine Verhöhnung. Was gibt es denn noch über diese Verordnung zu beraten, die ja nur ein Anhängsel einer Verordnung ist. Was soll da die Rechtskommission tun. Die Verordnung sagt in einem Wort:

" Das Streikpostenstehen unter jedweder Form ist untersagt.

Jede Zuwiderhandlung wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis 500.-Frcs. bestraft."

Da müssen die Herren von der Zentrumspartei, die angeben, Politiker zu sein, die Angelegenheit erst der Rechtskommission überweisen, um eben die Politik der Regierungskommission zu machen.

Ja, meine Herren, Sie mögen lachen oder nicht. Sie begehen in dem Moment ein Verbrechen und fördern die Politik der Regierungskommission. Es wurde uns vorgeworfen, wir würden mit der Regierung gemeinsame Sache machen. Meine Damen und Herren! Wir haben keine Beamte in der Saarregierung sitzen, die uns das Fell über die Ohren ziehen. Sie sind für die Verordnung, genau wie Sie dafür waren, der Saarbevölkerung Steuern aufzuhalsen.

Was soll die Rechtskommission mit einer derartigen Gesetzesvorlage? Die Herren sagen, der Völkerbundsrat würde uns Recht geben. Ich sage Ihnen aber, wenn Sie sich dem Völkerbundsrat fügen, fügen Sie sich auch der Regierungskommission. Ihre Plotik ist ein Verbrechen an der Saararbeiterschaft und wenn die Arbeiter hier im Saale wären, würden S sie Ihnen etwas anderes sagen. Sie verstehen es, die Saararbeiter besoffen zu machen. Die Saararbeiterschaft ist in Gefahr und ich betone nochmals, die Verordnung muß beraten werden und ich widersetze mich einem Vertagungsantrag.

Vorsitzender: Herr Reinhard, es ist nicht richtig, daß der zweite Antrag dasselbe bedeutet wie der erste Antrag. Der erste Antrag ging dahin, daß die Angelegenheit von der Tagesordnung abgesetzt werden soll und vertagt werden soll bis zur nächsten Sitzung.

Auf Grund des ersten Antrages hätte verfahren werden müssen, wie ich es gesagt habe. Eine absolute Vertagung hätte nicht geschehen können, solange ein Mitglied sein Gutachten hätte abgeben wollen. Nachdem Herr Kiefer beantragt hat, daß die Angelegenheit nicht vertagt, sondern einer Kommission überwiesen wird, muß nach Artikel 10 der Geschäftsordnung diesem Antrag stattgegeben werden, sofern sich diesem 3 Mitglieder anschließen und daß diese dafür sind, haben wir aus der Stellungnahme der Zentrumspartei und der Liberalen Volkspartei wahrgenommen.

A4 I

Wer dafür ist, daß wir die Angelegenheit des Punktes 1 betr. Änderung der Gewerbeordnung, der Rechtskommission überweisen, möge sich erheben.

Es erheben sich weit mehr als 3 Mitglieder. Die Überweisung hat zu erfolgen.

Die Besprechung des Punkt 1 ist für heute geschlossen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.

<u>die Einkommenbesteuerung.</u>

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann !

Hoffmann (S.P.): Ich wollte bei der Regierung anfragen, wo eigentlich die Vorlage ist. Die erste Vorlage haben wir zurückgewiesen und der Herr Staatskommissar hat erklärt, daß die Regierungskommission die Vorlage zurückgenommen hat. Bis jetzt haben wir aber noch keine neue Vorlage erhalten.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Liesch!

Staatskommissar Dr. Liesch: Die Vorlage wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen.

Vorsitzender: Die Verordnung betr. die Einkommenbesteuerung ist der Steuerkommission zu überweisen.

Punkt 3 betr. die Zuwachssteuer, und
Punkt 4 betr. Neuregelung der Grund-und Gebäudesteuer,
wird auch der Kommission für Steuerfragen überwiesen.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (Komm.): Ich habe mich mehrmals zum Wort gemeldet, bekomme es aber nicht erteilt. Ich bin dagegen, daß die Einkommenbesteuerung der Kommission überwiesen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

Kiefer (Z.): Damit kein falsches Bild entsteht und damit man klar sieht, möchte ich sagen, daß die ganzen Steuerverordnungen ein Komplex bilden. Es liegt nicht an uns, sondern an der Stelle, die uns die Verordnungen vorlegt. Wir müssen zunächst alle Steuervorlagen haben und dann erst mit den Beratungen beginnen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Röchling !

Dr. Röchling (L.V.): Wenn Herr Reinhard es fertig bringt zu sagen, wir sollten etwas verhandeln, was nicht vorliegt, so ist das mir unverständlich. Etwas wildes zu erzählen, ist seine Manier. Jedem sein Plaisierchen, der eine ist ruhig, der andere spielt den wilden Mann. Uns macht es nichts aus. Wir hätten geglaubt, er wäre etwas genauer und sorgfältiger in seiner Art.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

Reinhard (K.P.): Meine Damen und Herren! Die Einkommensteuer-Verordnung ist vor einem halben Jahre zugegangen. Sie sagen die Unwahrheit, wenn Sie behaupten, die Verordnung sei uns nicht zugegangen. Wenn Ihnen von Ihren Mittelspersonen erzählt worden ist, daß die Verordnung zurückgezogen worden ist, dann weiß ich das immer noch nicht. Den Herren von der Rechten möchte ich

<u>sagen</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 2
A4 I

sagen,es werden auch einmal andere Zeiten kommen.Ich sage,es ist dringend notwendig,daß die Einkommensteuer beraten wird. Es ist wirklich zu schön,was Herr Waugh bei seinem Weggang gesagt hat,die Steuerverhältnisse sind in wunderbarer Ordnung. Ich habe aber gehört,meine Herren,daß Sie gesagt haben,wir beraten die Steuervorlagen erst nach der Wahl,Sie haben Angst, die Steuervorlagen vor der Wahl zu beraten.So liegen die Dinge, wie ich es Ihnen gesagt habe.Wenn die Regierung ihre Verordnung zurückgezogen hat,dann verlange ich,daß mir das auch mitgeteilt wird.Wir als Kommunisten haben genau dieselben Rechte wie andere Herren.

Vorsitzender:Ich glaube,die Debatte abkürzen zu können.Herr Reinhard ist nicht genau unterrichtet.Es wurden s.Z.Abänderungsvorschläge gemacht und die Regierung hat die alte Verordnung zurückgezogen.Auf diese neue Vorlage scheinen die Mitglieder gewartet zu haben und Herr Dr.Liesch hat auch die neue Vorlage gemeint indem ersagte,daß Ihnen morgen oder übermorgen die neue Vorlage zugehen wird.

Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard.

Reinhard (K.P.): Wir haben ein Mitglied in der Steuerkommission. Als damals beraten wurde,hat man unser Mitglied ausgeschaltet. Man hat ein Mitglied aus der Liberalen Volkspartei,aus dem Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei in die Spezialkommission gewählt.Uns hat man aber keinen Sitz gegeben.Wenn nun diese besondere Kommission verhandelt hat,so ist uns nichts mitgeteilt worden.So liegen die Dinge und nicht anders.

Vorsitzender: Ich habe in unseren Versammlungen von so vielen gehört,daß die Mitglieder dieser besonderen Steuerkommission immer davon gesprochen haben und deshalb wundere ich mich,daß Sie derjenige sind,der es nicht weiß.

Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

Kiefer (Z.):Ich möchte Herrn Reinhard sagen,daß wir auf dem Standpunkt stehen,daß man besser still und fleißig ist,als Reden zum Fenster hinaus halten.Sie sprechen immer davon,als wenn Sie allein die Arbeiterschaft vertreten.Wenn Sie 15 % der Arbeiterschaft hinter sich haben,dann ist es viel und wenn die anderen 85 % da wären,würden sie Sie auslachen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

Hoffmann (S.P.): Ich nehme an,daß lange genug diskutiert worden ist. In einer Sitzung hat der Herr Staatskommissar erklärt,daß die Regierungskommission den Entwurf zurückgezogen hat.- Dann kann ich dem Kommunistenvertreter sagen,daß die kleine Kommission noch nicht getagt hat,weil sie ihre Bestätigung noch nicht erhalten hat.Also nicht eifersüchtig sein,die Geschichte ist abgetan.

Nur bin ich der Auffassung,daß die Regierungskommission vor der Steuerberatung den Etat vorlegt,anders kann es nicht gehen.Das wollte ich noch gesagt haben.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.v.Vopelius !

v.Vopelius (L.V.): Ich möchte Herrn Reinhard aufklären,daß die Kommission nicht zusammentreten konnte.Die Kommission wäre sicher nicht fleißiger gewesen,wenn Herr Reinhard dabei gewesen wäre.

Inzwischen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 2

A4

Inzwischen ist die Vorlage zurückgezogen worden,weil eine Umarbeitung der Vorlage stattfinden soll.Wenn sich Herr Reinhard Mühe gegeben hätte,hätte er dies schon erfahren.
Ich möchte auch bitten,daß der Etat vorgelegt wird, weil wir sonst die Sachen nicht bearbeiten können.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Liesch!

Staatskommissar Dr.Liesch:Ich war der Meinung,daß der Etat schon verteilt worden wäre.Wenn das nicht der Fall ist,so bitte ich um Entschuldigung.Ich werde bemüht bleiben,daß Ihnen derselbe sobald als möglich vorgelegt wird.

Vorsitzender: Wir wären also mit Ausnahme des Herrn Reinhard einig darüber,daß der Entwurf in die Kommission verwiesen wird.

Die Verordnung betr.Abänderung der direkten und indirekten Kommunalsteuergesetzgebung wird ebenfalls der Kommission für Steuerfragen und für Verwaltungsfragen überwiesen.

Der Entwurf betr.die Bildung von Schulkommissionen wird an die Kommission für Kultus-und Schulfragen und an die Kommission für Rechtsfragen überwiesen.

Der Entwurf betr.Neuregelung der Besoldung der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände wird an die Kommission für soziale Gesetzgebung und arbeitsrechtliche Angelegenheiten und der Kommission für Verwaltungsfragen verwiesen.

Betz (S.P.): Wäre es nicht zweckmässig,eine besondere Kommission zu bilden.

Reinhard (K.P.): Ich stelle folgenden Antrag: In der Zukunft dürfen die einzelnen Kommissionen keine Sonderkommissionen ernenen,die das Ziel haben,andere Vertreter der Parteien auszuschalten.

Vorsitzender: Herr Betz verzichtet auf seine Anregung.
Sie haben ferner den Antrag des Herrn Reinhard gehört und ich bitte denselben gebührend zu berücksichtigen.

Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

Hoffmann (S.P.): Die Kommission wurde gebildet,um den Lohnsteuerabzug sozialer festzusetzen.Herr Reinhard hat ja erklärt,daß er dagegen ist,daß der Lohnsteuerabzug weiter bleibt.Ich nehme an,daß diese Frage nicht mehr aufgegriffen zu werden braucht

Kiefer (Z.): Wir beantragen,daß bei allen Kommissionen,die gebildet werden,auch wenn sie noch so klein sind,Herr Reinhard zugegen ist.

Reinhard (K.P.): Der Antrag,den ich gestellt habe,ist zu begründet. Wenn ich auch gegen den Lohnsteuerabzug bin,so hat man immer noch kein Recht,uns auszuschalten.

Vorsitzender: Herr Reinhard ,ich habe ausdrücklich gebeten,daß Ihr Antrag gebührend berücksichtigt wird.

Reinhard (K.P.): Ich wäre besser gar nicht hergekommen.

Vorsitzender: Das Wort wird nicht mehr gewünscht,ich schließe daher die Sitzung. (11 Uhr 15 Minuten vormittags.)

--- o O o ---

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 2
A4